

US-Regime plant Umsturz in Venezuela mit „Humanitärer Hilfe“

Ein Kommentar von Rainer Rupp.

Anfang Februar hat US – Außenminister Mike Pompeo der venezolanischen Regierung von Präsident Nicolas Maduro ein Ultimatum gestellt und gefordert, er müsse die Grenze des Landes zu einem von den USA organisierten Plan zur „humanitären Hilfe“ öffnen. „Das venezolanische Volk braucht dringend humanitäre Hilfe“, twitterte Pompeo. „Die USA und andere Länder versuchen zu helfen, aber das Militär von Venezuela unter Maduros Befehl hat die Hilfslieferungen mit (umgestürzten) Last- und Tankwagen an den Grenzübergängen blockiert. Das Maduro-Regime MUSS DIE HILFE DURCHLASSEN, DAMIT SIE DIE HUNGERNDEN MENSCHEN ERREICHT“.

Komisch, dass dem US-Außenminister nicht aufgefallen ist, dass in Venezuela bisher noch niemand verhungert ist, dafür aber in Jemen bereits Hundert Tausende, vor allem Kinder, an Hunger und Krankheiten gestorben sind. Statt den Venezolanern US-Hilfe aufzudrängen, sollten die USA erstmal im Jemen helfen, statt dort weiterhin gemeinsam mit Saudi Arabien das Elend mit Hilfsblockaden und Bombardement von Tag zu Tag nur noch unerträglicher zu machen. Aber wer nach all den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte mit dem kriminellen US-Regime immer noch an echte humanitäre Hilfe aus den USA glaubt, der glaubt auch noch an den Osterhasen.

Nicht umsonst haben das Internationale Rote Kreuz, die katholische Hilfsorganisation Caritas und die Vereinten Nationen die amerikanischen Bitten abgelehnt, bei der Auslieferung der geplanten US-Hilfslieferungen zu helfen. Der UN-Sprecher Stephane Dujarric lehnte das US-Ansinnen ab, unter dem Feigenblatt einer UNO-Hilfsmission zu agieren. In New York sagte er gegenüber Reportern: „Humanitäre Maßnahmen müssen unabhängig von politischen, militärischen oder anderen Zielen sein“ und fügte hinzu: „Wichtig ist, dass die humanitäre Hilfe entpolitisiert wird und die Bedürfnisse der Menschen einget, in Bezug auf wann und wie humanitäre Hilfe eingesetzt wird“. Darüber haben die Propagandamedien der „liberalen Weltordnung“ tunlichst geschwiegen.

Außerdem lehnt die Regierung Venezuelas keine Hilfe ab, die ohne politische Einmischung kommt. Letztes Jahr akzeptierte sie eine bescheidene UN-Hilfe, die hauptsächlich aus medizinischen Hilfsgütern bestand, von denen Venezuela aufgrund von Sanktionen der USA abgeschnitten worden war. Zwar behaupteten gewisse Stellen der UNO, dass rund 12 Prozent der Venezolaner unterernährt seien, aber solche Behauptungen werden schon seit Jahren erhoben, während Berichte aus Venezuela nur eine gewisse Knappheit bestimmter Produkte bestätigten.

[Dieser Link führt zu einem Video](#), in dem Abby Martin auf den Straßen von Caracas sowohl mit Anhängern der großbürgerlichen „Opposition“ als auch mit Leuten aus dem Volk spricht und den Behauptungen der westlichen Propagandamegaphone nachgeht, dass es in den Supermärkten keine Lebensmittel mehr gäbe. Demnach gibt es keine Hungersnot in Venezuela, die ein sofortiges Eingreifen erfordern würde.

Warum also drängen das kriminelle Regime in Washington dann so sehr auf die Lieferung „humanitärer Hilfe“ nach Venezuela? Das hat mit dem von einem US-Gericht verurteilten Verbrecher Elliott Abrahams zu tun. Der musste wegen seiner führenden Rolle in der CIA-Iran-Contra Affäre um Waffen und Drogen zur Unterstützung der rechtsradikalen Contra-Terroristen in Nicaragua gegen die demokratische gewählte Ortega-Regierung hinter Gitter. Aber er wurde schon bald danach begnadigt und wegen seiner viel gesuchten Fähigkeiten wieder zum begehrten Berater des Regimes in Washington. Eine der Spezialitäten dieses Schwerstkriminellen Abrams waren in den achtziger Jahren „humanitäre Hilfslieferungen“ nach Nicaragua, die als ideale Deckung für Waffenlieferungen an die Contra-Terroristen genutzt wurden. Das alles war von Elliot Abrams organisiert und durchgeführt worden, derselbe Elliot Abrams, der jetzt Sondergesandter des US-Präsidenten für Venezuela ist.

Derweil wird es immer deutlicher, dass mit jedem Tage der vergeht und Präsident Maduro von der Masse der Bevölkerung und vor allem von den Sicherheitskräften, Polizei und Militär, weiter starke

Unterstützung erhält, der versuchte US-Putschversuch seinem endgültigen Scheitern näher kommt. Daher drängen die Putschisten in Washington auf eine zügig und umfangreiche „*Hilfslieferungen*“ über die Grenze nach Venezuela, die für den 23. Februar angekündigt ist. Angesichts der angekündigten, unmittelbar bevorstehenden Invasion der US-„*Hilfsgüter-Konvois*“, die beim Durchbrechen der Grenze höchstwahrscheinlich von Gruppen bewaffneter Banditen begleitet werden, ist es also kein Wunder, dass die rechtmäßige Regierung Venezuelas in den letzten Tagen ihre Truppen an den Grenzübergängen verstärkt und in Alarmbereitschaft versetzt hat.

Allerdings ist das Gangster-Regime in Washington überzeugt, dass es mit seinen Hilfskonvois nur gewinnen kann, egal wie die Sache ausgeht. Im Fall einer möglichen gewaltsamen Zurückweisung der „*Hilfskonvois*“ durch venezolanische Grenzsoldaten werden den versammelten Mediengeiern der westlichen Propagandaszene „*wunderbare*“ Bilder über die „*Brutalität des Maduro-Regimes*“ geliefert, „*das mit Waffengewalt die vom hungernd Volk dringend benötigte Hilfe zurück weist*“. Mit diesem Argument, so hofft man dem Vernehmen nach in Washington, will man auch Zweittracht in die Formationen der Maduro treuen Regierungssoldaten tragen, die die Grenze beschützen.

Zugleich sollen die Konvois von hochrangigen lateinamerikanischen Persönlichkeiten begleitet werden, die Eindruck auf die einfachen Grenzsoldaten machen sollen. So will z.B. ein General, der persönliche Berater des neuen, rechtsradikalen Präsidenten Brasiliens, einen eigenen Hilfskonvoi begleiten. Für seinen Konvoi hat der brasilianische General zwei abgelegene Grenzstädte (Pacaraima und Santa Elena de Uairen) entlang einer Autobahn in einem dünn besiedelten, tropischen Waldgebiet Venezuelas ausgewählt. Daher ist es sehr wahrscheinlich, dass die „*humanitäre Hilfe*“, die über Pacaraima und Santa Elena de Uairen aus Waffen und Munition für die verschiedenen Banditenbanden bestimmt sind, die dort schon lange die Gegend unsicher machen.

Noch am Montag den 18. Februar hatte Präsident Nicolás Maduro bei einem Treffen mit Wissenschaftlern gesagt, dass Venezuela „*täglich humanitäre Hilfe*“ bekomme und am Mittwoch wieder „*300 Tonnen russische humanitäre Hilfe legal an den internationalen Flughafen von Caracas geliefert*“ würden. Das hätte der brasilianische General und US-Freund ebenfalls anbieten können, aber den Menschen zu helfen ist nicht Sinne der brasilianischen und US-Hilfe.

Moskau sieht die Absicht der Vereinigten Staaten und seiner Vasallen, Venezuela am 23. Februar humanitäre „*Hilfe*“ aufzuzwingen, als Provokation. Statt einer solchen „*Hilfe*“ wäre es besser, die Sanktionen gegen Caracas aufzuheben und die Konten staatseigener Unternehmen aufzutauen, sagte die offizielle Vertreterin des russischen Außenministeriums, Maria Zakharova, am Montag:

„Die Situation in Venezuela entwickelt sich auf alarmierende Weise. Für den 23. Februar wird ein Ereignis erwartet, das, um den großen Lateinamerikaner Gabriel García Márquez zu beschreiben, „Chronik einer erwarteten Provokation“ genannt werden könnte „, so die russische Außenamtssprecherin, die weiter ausführt: das es Sinn und Zweck dieser Operation sei, in Venezuela „das Militär und die Bevölkerung zu spalten, Demonstrationswellen zu provozieren, die dann erlauben, eine Intervention von außen durchzuführen“.